

# Die Nachfolger der I.G. Farben und der Staat, 1945-1961

Raymond G. Stokes, Department of Science and Technology Studies,  
Rensselaer Polytechnic Institute, Troy, NY 12180-3590, USA

Wer Erfahrung mit deutscher Regierungsbürokratie gemacht hat, ist entschuldigt, wenn er glaubt, daß eine extensive Intervention des Staates in alle Bereiche der Gesellschaft und der Wirtschaft einer typisch deutschen Tradition entsprechen. Für die Wirtschaft ist dieses Vorurteil historisch jedoch nicht gerechtfertigt. Wolfram Fischer zum Beispiel hat die überraschend begrenzte wirtschaftspolitische Intervention der preußischen Bürokratie im 19. Jahrhundert als einen Smithschen Liberalismus gekennzeichnet, der von einem aufgeklärten Regierungsdenken gezähmt war. Selbst in der Nazizeit, als der Staat aus ideologischen Beweggründen und im Dienste der Kriegsanstrengungen die traditionellen Grenzen wirtschaftspolitischer Intervention gelegentlich überschritt, haben Wirtschaftsführer, was Forschung, Investitionen, Produktion und Verkaufsstrategien angeht, in der Regel ihre eigenen Entscheidungen gefällt.<sup>1</sup> Was sich in Deutschland in den Beziehungen zwischen Geschäftswelt und Regierung im Laufe der Zeit verändert hat, war das *Ausmaß* der Bewegungsfreiheit, die Geschäftsleute in solchen Entscheidungen genossen haben.

Die I.G. Farbenindustrie AG, von ihrer Gründung im Jahre 1925 bis zu ihrer Zerschlagung im Jahre 1945 Europas größter Konzern, erfreute sich dieses ausgedehnten Handlungsspielraumes in ihren geschäftlichen Entscheidungen während der gesamten Zeit ihrer Existenz. Doch die Firmenleitungen trafen ihre Entscheidungen ja nicht in einem politischen Vakuum; vielmehr beeinflussten die Beziehungen zwischen der I.G. Farben (und ihren Vorläufern) und den jeweiligen Regierungen die Entwicklung des Konzerns in entscheidender Weise. Nie hat der Staat den Firmenleitern direkt befohlen, sich auf einen bestimmten Kurs einzulassen. Doch von Zeit zu Zeit gaben die Vertreter der I.G. Farben Druck aus Regierungsstellen nach, auch nahmen sie häufig technische und wirtschaftliche Vorteile wahr, wenn ihr eigener Vorteil mit den Interessen der Regierung zusammenfiel. Ein - zugegebenermaßen extremes - Beispiel der erstgenannten Tendenz war die Entscheidung, eine I.G. Farben-Produktionsstätte bei Ausschwitz zu errichten. Beispiele für das eher opportunistische Zusammengehen von Industrie und Staat finden sich in der Entwicklung der Amoniaksynthese zur Produktionsreife während des Ersten Weltkriegs, der Herstellung von synthetischem Treibstoff während der späten Weimarer

Republik und der Nazizeit sowie dem Synthesekautschuk-Programm während der Nazizeit.

Wie nun veränderte die Teilung Deutschlands und die Zerschlagung der I.G. Farben nach 1945 die Beziehungen zwischen Staat und Industrie? Hat Ludwig Erhards bekannte Liberalisierung der Wirtschaft, die in der zweiten Hälfte des Jahres 1948 begann, diese Beziehungen grundsätzlich verändert? Ist es wahr, daß die staatliche Beteiligung an der deutschen Chemie seit dem 2. Weltkrieg minimal ist?<sup>2</sup> In diesem Aufsatz will ich diesen Fragen nachgehen. Ich werde zeigen, daß es zahlreiche Kontinuitäten in den Beziehungen zwischen Staat und Industrie von der Zeit vor 1945 bis in die Nachkriegszeit Westdeutschlands gegeben hat. Staatlicher Einfluß spielte in der Bundesrepublik eine wichtige Rolle bei der Erleichterung der Umstellung der chemischen Industrie von Kohle auf Erdöl als ihrem wichtigsten Rohstoff, ein Wandel, der sich für die weitere Wettbewerbsfähigkeit der Industrie als überlebensnotwendig erweisen sollte. Ich werde mich auf die Erfahrung der westdeutschen Erben der I.G. Farben konzentrieren, auch wenn ich im vorletzten Abschnitt diese Entwicklung mit der Erfahrung der I.G.-Fabriken in Ostdeutschland kontrastierend vergleichen will. Dazwischen unterteile ich meine Darstellung chronologisch, und zwar mit zeitlichen Grenzen, die Wandlungen in den Beziehungen zwischen Staat und Industrie in der Nachkriegszeit entsprechen.

#### 1945-1948

Schon lange vor der offiziellen Kapitulation von Hitlers Reich am 8. Mai 1945 hatten die I.G. Farben - und das Deutsche Reich - de facto aufgehört zu existieren. Die Beziehungen zwischen Industrie und Staat, während der Nazizeit oft sehr vertraulich, wurden überwiegend feindlich, sobald vier mehr oder weniger feindliche Besatzungsmächte die Regierungsverantwortlichkeit übernahmen. Vertreter der Alliierten empfanden die I.G. Farben als eine verbrecherische Organisation, die den Nazis zur Macht verholfen hatte, die ihre Kriegsmaschinerie geölt und an ihren verabscheuungswürdigsten Verbrechen teilgenommen hatte. Die Behandlung des Konzerns in den vier Besatzungszonen unterschied sich merklich, doch während der ersten drei Jahre mit strenger Kontrolle förderte keine der Alliierten Mächte einen technologischen Wandel innerhalb der Unternehmen. Eher war die Verhinderung von technischem Wandel an der Tagesordnung: Die chaotischen Umstände der unmittelbaren Nachkriegszeit trugen ebenso dazu bei wie die alliierte Demontage der Einrichtungen oder die Erforschung und Verwertung von Fortschritten, die vor und während des Kriegs gemacht worden waren, die Verschleppung des technischen Personals oder die Kontrolle von Produktion und Forschung.

Vom Mai 1945 an verließ sich das Besatzungspersonal jedoch auf deutsche Beamte, um die laufenden Geschäfte der Industrie zu überwachen und zu leiten.

Die amerikanische Besatzungsmacht entließ hochrangige I.G.-Manager in ihrer Zone, verließ aber aus Mangel an Personal Länderbeauftragten, insbesondere in Hessen ausgedehnte Befugnisse. In der Britischen Besatzungszone übten die Militärs eine eher lockere Aufsicht über die I.G.-Manager aus, die oft in den Positionen verblieben, die sie schon während des Krieges innegehabt hatten. Selbst in der Französischen Zone verließ sich die Besatzungsmacht weitgehend auf erfahrene deutsche Ingenieure, um frühere I.G.-Firmen zu leiten, wenngleich sie dabei strenger Aufsicht unterstanden. Als die Briten und Amerikaner ihre Zonen im Januar 1947 zusammenlegten, stellten sie Deutsche ein, von denen viele während des Krieges für ähnliche staatliche Organe gearbeitet hatten und die diese Positionen zur Kontrolle der I.G.-Firmen auch in der Westdeutschen Regierung beibehielten. Auf diese Weise gewährleisteten alliierte Maßnahmen, daß inmitten der Umwälzungen der Nachkriegszeit Kontinuitäten sowohl auf der Führungsebene der früheren I.G. Farben-Betriebe als auch auf der staatlichen Ebene, mit der die I.G.-Manager zu tun hatten, fortbestanden.

## 1948-1951

Hochrangige Vertreter der I.G. Farben hatten die Bedeutung von amerikanischen und britischen Entwicklungen im Bereich der Petrochemie bereits in der Mitte der 1930er Jahre erkannt. Doch wegen der Zerschlagung des I.G.-Konzerns, der Auflösung des deutschen Staates und einer Zahl anderer Probleme, die sich aus der Besatzung ergaben, war es bis in die späten 1940er Jahre unmöglich, Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Erst 1948 begann sich die Lage zu ändern, als Vertreter von Shell Ludwigshafen (BASF) besuchten, um die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorstoßes auf petrochemischem Gebiet zu erörtern. Dieses Treffen hatte eine zweifache Bedeutung: Die französische Besatzungsmacht wußte davon, zog es aber vor, das Ereignis zu ignorieren, und anerkannte somit faktisch das Wiederentstehen der BASF als internationale Industriemacht. Zum anderen führten die Gespräche bis zum Jahre 1955 zu einer gemeinsamen Initiative der BASF und der Shell, die erste westdeutsche Fabrik zu gründen, die ausschließlich petrochemische Rohstoffe benutzte. Für den entstehenden westdeutschen Staat war es von hoher Priorität, das politische und wirtschaftliche Klima für die Nachfolgefirmen der I.G. Farben zu normalisieren. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland im September 1949 war in der Tat eine notwendige Vorbedingung für die Firmen, ihre normale Tätigkeit wieder aufzunehmen. Es ist jedoch nicht sehr bekannt, in welchem Ausmaß Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und eine große Zahl weniger hochrangiger Beamter in ihrem Bemühen um politische Souveränität ihre Aufmerksamkeit auf die Lösung derjenigen Probleme richteten, mit denen sich die chemische Industrie in der Nachkriegszeit konfrontiert sah. Im Petersberger Abkommen vom November 1949 zwischen den Deutschen und den Alliierten handelte man sich z.B. für die befristete Duldung einer Kontrolle von Kohle

und Stahl an der Ruhr die Teilnahme westdeutscher Vertreter an der Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Streichung von Schlüsselbetrieben der chemischen und Stahlindustrie von den Demontagelisten ein. Die Aufhebung von Beschränkungen für die chemische Industrie und ihre Forschung bildeten einen wichtigen Teil der Übereinkunft zwischen der High Commission for Germany und der Bundesrepublik vom 3. April 1951. Das Bundeswirtschaftsministerium beauftragte hochrangige Vertreter, bei den Verhandlungen mit den Alliierten zur Auflösung der I.G. Farben die deutschen Interessen zu koordinieren. Von gelegentlichen Interventionen Adenauers und Erhards unterstützt, trug deren Tätigkeit dazu bei, sicherzustellen, daß die wichtigsten Nachfolger der I.G. Farbenindustrie, die am Ende des Jahres 1951 und am Anfang des Jahres 1952 gegründet wurden, ausreichende Größe besaßen, um auf dem Weltmarkt mithalten zu können.<sup>3</sup> Die deutsche Regierung erkannte, daß eine international wettbewerbsfähige chemische Industrie die diplomatische Bedeutung der Bundesrepublik auf dem allmählichen Weg zur vollen Souveränität erhöhen würde.

## 1951-1955

Bei diesen weitreichenden Beziehungen zwischen hoher Politik und chemischer Industrie kann es nicht überraschen, daß das offizielle Ende der Besatzungszeit im Jahre 1955 mit dem offiziellen Ende der Auflösung der I.G. Farben zusammenfiel. Im selben Jahr gründeten die BASF und die Shell die erste westdeutsche petrochemische Fabrik, die Rheinischen Olefinwerke GmbH (ROW) in Wesseling. Damit war der Anfangspunkt einer grundlegenden Umstellung der westdeutschen chemischen Industrie von Kohle auf Öl als wichtigstem Rohstoff bezeichnet. Diese Umstellung sicherte letztlich der Industrie auf lange Zeit die Konkurrenzfähigkeit. In welchem Umfang spielte der Staat bei diesem Übergang eine Rolle?

Mit der Gründung der wichtigsten Nachfolger der I.G. Farben und dem Ende der Reparationen, der Demontage und der Produktionsverbote waren einige der ungewöhnlicheren und drängenderen Fragen gelöst, die hohe Politik und politische Ökonomie verbunden hatten. Vertreter des Wirtschaftsministeriums richteten nun ihre Aufmerksamkeit auf die wichtigen, wenn auch überwiegend routinemäßigen Aufgaben, die die alltägliche Tätigkeit der Wirtschafts- und Finanzverwaltung eines jeden modernen Staates ausmachen: die Festsetzung und Verhandlung von Zöllen und die Erhebung von Steuern.

Mit der beginnenden technologischen Revolution in der westdeutschen chemischen Industrie gewannen diese relativ profanen Aufgaben jedoch enorme Bedeutung. Ein Gesetz vom 1. Juni 1953, das die Steuern auf Öl zur petrochemischen Produktion erhöhte, verstärkte die Wettbewerbschancen der I.G.-

Nachfolgefirmen, die am meisten davon profitierten: Die Steuern hätten die Kosten für Öl für potentielle Produzenten in der Petrochemie mehr als verdoppelt; das Gesetz enthielt jedoch eine interessante Bestimmung, mit der technologischer Fortschritt begünstigt werden sollte: Öl, das in Prozessen Verwendung fand, die ihre erfolgreiche großtechnische Anwendung nach dem 1. Februar 1953 erreichten, sollte in den Genuß von Steuerbefreiungen kommen.<sup>4</sup>

Besonderheiten der westdeutschen Situation in den frühen 1950er Jahren (z.B. die nicht konvertierbare Währung des Landes, die Notwendigkeit der Einführung ausländischer Technologie nach Jahren der Depression, des Krieges und des Abgeschnittenseins von internationalen technologischen Entwicklungen) erforderten gelegentlich eine aktivere Staatsintervention. Beispielhaft war die außergewöhnliche Rolle, die die Regierung in der Mitte der 50er Jahre bei der Übertragung der amerikanischen Kautschuktechnologie im Kaltverfahren an die chemischen Werke Hüls, eine Nachfolgefirma der I.G. Farben, spielte. Vertreter des Wirtschaftsministeriums unterstützten die Entscheidung der Firma, in diese Technologie einzusteigen, und mischten sich aktiv in die Auseinandersetzung über die geeigneten Rohstoffe, Butan oder Ethylalkohol, ein. Sie machten ihren Einfluß bei den Alliierten geltend, die noch verbliebenen Produktionsbeschränkungen aufzuheben. Erhard überzeugte Adenauer, einen Besuch in Washington im Jahre 1953 dazu zu benutzen, vom State Department Zustimmung dafür zu erhalten, daß amerikanische Firmen ihre technischen Verfahren in Lizenz an die Deutschen vergeben dürften. Auch arbeiteten die Vertreter des Wirtschaftsministeriums mit Hoechst zusammen, um das Projekt zu finanzieren.<sup>5</sup> In dieser Einstellung steht die westdeutsche Regierung in der Tradition des eher aktiveren Staatseinflusses der Nazizeit und der unmittelbaren Nachkriegszeit und strafte damit Ludwig Erhards liberalistische Rhetorik Lügen.

Doch wie die Gründung der Rheinischen Olefinwerke zeigt, waren die größeren Veränderungen in den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Regierung nun auf den Weg gebracht. Auch wenn die BASF einen Teil der zur Polyethylenproduktion in der Fabrik benötigten Technologie der britischen Firma Imperial Chemical Industries verdankte, verwandte man in Deutschland einen Prozeß, der sich durch grundlegende technische Verbesserungen auszeichnete, die die Ludwigshafener Belegschaft entwickelt hatte. Die Hauptverantwortung für die Leitung der Produktion lag bei der BASF, und obwohl Shell sich verpflichtet hatte, einen Teil seiner Erfahrung zu dem Projekt beizusteuern, trat der britisch-niederländische Gigant jedoch hauptsächlich als Lieferant billiger petrochemischer Rohstoffe durch seine Tochterfirma Union Kraftstoff auf. Die BASF besaß vollständige Kontrolle über alle Verhandlungen mit den ausländischen Firmen, die der Gründung der Rheinischen Olefinwerke vorausgingen, und stieg in das Gemeinschaftsunternehmen ohne irgendeine nennenswerte staatliche Aufsicht ein.<sup>6</sup> Durch die Verwendung einer überwiegend deutschen Technologie und die firmeninterne Finanzierung des Projektes (d.h. ohne

Rückgriff auf staatliche Garantien) unterschied sich die Erfahrung mit den Rheinischen Olefinwerken von denen mit Hüls.

## 1955-1961

Zwischen 1955 und 1961 wurden die Beziehungen zwischen den staatlichen Stellen der Bundesrepublik und der Industrie nach und nach liberaler. Regierungsvertreter intervenierten bei Zöllen und Steuern; ihre Maßnahmen zur Schaffung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft berührten unter anderem die Interessen der Industrie und der I.G. Farben-Nachfolger. Aber im großen und ganzen konnten die Firmen ihre geschäftlichen Angelegenheiten selbst regeln. Technologischer Wandel hatte nur mehr indirekt etwas mit Politik zu tun. Beispielhaft für die Abkehr der Regierung von dem bisher üblichen Verhaltensmuster zwischen Staat und Industrie war, daß 1961 Steuer- und Zollprivilegien für kohlechemische Prozesse beseitigt wurden.<sup>7</sup> In der Folge beschleunigte sich das Tempo des Übergangs zu einer auf Erdölbasis operierenden Technologie. Unter der Führung der Nachfolger der I.G. Farben produzierten die westdeutschen chemischen Firmen bis zum Jahre 1961 mehr als 50% aller organischen Chemikalien aus Erdöl oder Erdgas, gegenüber ganzen 15% im Jahre 1950. Im Jahre 1964 stieg dieser Anteil auf 69%.<sup>8</sup>

## Ostdeutsche Unterschiede

Die Nachkriegsgeschichte der I.G. Farben-Nachfolger in Ostdeutschland weist zahlreiche Unterschiede zu dem auf, was sich im Westen ereignete. Die sowjetische Besatzungspolitik unterschied sich qualitativ und quantitativ von der der übrigen Alliierten. Sachsen-Anhalt, ein stark industrialisiertes Land, verlor durch Demontage über 40% seiner gesamten industriellen Substanz. Leuna, die größte frühere I.G. Farben-Produktionsstätte, verlor durch sowjetische Demontage die Hälfte derjenigen Kapazität, die nach der Bombardierung verblieben war.<sup>9</sup>

Während sich die materielle Substanz der chemischen Industrie in der Sowjetischen Besatzungszone nach 1945 dramatisch veränderte, wiesen die Beziehungen zwischen Staat und Industrie eine noch größere und noch abruptere Abkehr von der Tradition der Vergangenheit auf. Der Staat ergriff Besitz vom größten Teil der Industrie und kontrollierte alle Bereiche der Produktion und des Marktes. Dieser Prozeß begann im Jahre 1946, als die russische Militärregierung Leuna und andere I.G. Farben-Fabriken zu sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) machte, und diese betrieb, um Fertig- oder Zwischenprodukte als Reparationsleistung direkt an die UdSSR zu liefern.<sup>10</sup> Bis zum Jahre 1953

übergaben die Sowjets die SAGs an die ostdeutsche Regierung, doch Staatsbesitz und staatliche Planung blieben bestehen.

Obgleich die Produktionsstätten der I.G. Farben in Ostdeutschland einige der größten und technologisch fortgeschrittensten Einrichtungen der deutschen chemischen Industrie besaßen, konnten sie nur langsam auf petrochemische Produktion umgestellt werden. Die ersten Schritte dazu vollzogen sich in den späten 1950er Jahren und kamen danach nur allmählich voran. Lag diese Zeitverschiebung an den unterschiedlichen Beziehungen zwischen Wirtschaft und Regierung? Die Antwort ist schwierig, vor allem, weil so viele andere Faktoren den technischen Wandel in der ostdeutschen Industrie viel unmittelbarer verhinderten: die Abwanderung von wissenschaftlichem und technischem Personal, außerordentlich schwere Verluste an Maschinerie und Ausrüstung durch die Demontage, fehlender Zugang zu Lizenzen der führenden ausländischen Chemieunternehmen insbesondere in den Vereinigten Staaten und Großbritannien, das Fehlen ausländischer Hilfsprogramme und der begrenzte Zugang zu größeren Mengen von Erdöl. Soweit diese Umstände Folgen der sowjetischen Politik waren - und in gewisser Hinsicht waren sie dies in der Tat - hat die veränderte Beziehung zwischen Staat und Industrie gewiß den technologischen Wandel der ostdeutschen Industrie behindert. Das Staatseigentum an sich war jedoch nicht unbedingt die Wurzel des Übels.

### **Abschließende Bemerkungen**

Regierungsvertreter können technologischen Wandel nicht nach Bedarf hervorbringen. Erfolg oder Mißerfolg eines bestimmten Katalysators oder einer bestimmten chemischen Reaktion gehorchten anderen Gesetzen als denen, die der Staat gibt. Doch wirkt sich Politik natürlich auf technische Entwicklungen aus. Das Schicksal der I.G. Farben-Nachfolgefirmen in der Nachkriegszeit unterstreicht diese Feststellung. In der Anfangsphase erschwerte die alliierte Politik den technologischen Wandel durch Kontrolle von Forschung, Demontage und den umfassenden Transfer von Informationen über deutsche technische Entwicklungen an das Ausland. Die Kontinuität der im Regierungsapparat für die chemische Industrie verantwortlichen Beamtenschaft, ihre Bemühen um eine Ausweitung der politischen Souveränität und ihr Wunsch, die Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, half in Westdeutschland, die Entwicklungsrichtung der chemischen Industrie in der Nachkriegszeit festzulegen. Im Osten bewirkte die sowjetische Politik einen radikalen Wandel der den I.G.-Firmen verfügbaren Ressourcen, und ein technologisches Zurückbleiben war die Folge.

Das westdeutsche Bekenntnis zur Liberalisierung der Wirtschaft - selbst eine politische Entscheidung - veränderte die Struktur der Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft allmählich und drängte staatliche Interventionen, wie sie für die späte Weimarer Republik und noch offensichtlicher während der Nazi-

zeit typisch waren, allmählich zurück. Das Fortbestehen einer ausdrücklicheren staatlichen Interventionspolitik bis in die unmittelbare Nachkriegszeit hinein half jedoch, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes kurzfristig zu sichern. Im Osten veränderten sich die Beziehungen zwischen Industrie und Regierung radikaler und schneller, jedoch in die umgekehrte Richtung. Was Planung, Intervention und Staatseigentum angeht, engagierten sich die Sowjets in einem in der deutschen Geschichte vorher nie dagewesenen Ausmaß, und die Regierung der DDR tat es ihnen darin gleich. Die ostdeutschen Nachfolger der I.G. Farben waren auch weniger erfolgreich als ihre westdeutschen Konkurrenten, wenn es darum ging, den Übergang von der Kohlechemie zu der petrochemischen Produktion in die Wege zu leiten. Die Rolle, die der Staat beim Zurückbleiben der ostdeutschen chemischen Industrie spielte, ist unklar. Westdeutsche Nachfolger der I.G. Farben begannen jedoch, teils wegen der einsetzenden Liberalisierung und teils wegen der nachhaltigen staatlichen Intervention, seit den späten 1950er Jahren erfolgreich auf den Weltmärkten zu konkurrieren. Die Strategie hatte sich offensichtlich ausgezahlt: Seit den späten 1970er Jahren zählen die größten Nachfolgefirmen der I.G. Farben, Bayer, BASF und Hoechst, zu den fünf größten chemischen Firmen der Welt.

- 1 Wolfram Fischer, "The Role of Science and Technology in the Economic Development of Modern Germany," in: William Beranek, Jr., Gustav Ranis (eds.), *Science, Technology, and Economic Development: A Historical and Comparative Study* (New York 1978), S. 71-113, hier S. 82; Peter Hayes, *Industry and Ideology: I.G. Farben in the Nazi Era* (Cambridge, New York 1987); Peter J.T. Morris, "The Development of Acetylene Chemistry and Synthetic Rubber by I.G. Farbenindustrie, 1926-1945," (Diss., Oxford University, 1982); John Gillingham, *Industry and Politics in the Third Reich: Ruhr Coal, Hitler, and Europe* (London 1985). Zur Wirtschaft im Nationalsozialismus allgemein vgl. Avraham Barkai, *Das Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus* (Frankfurt 1988).
- 2 Thomas L. Ilgen, "Better Living through Chemistry"? The Chemical Industry in the World Economy," *International Organization* 37 (1983), 672; Michael Kreile, "West Germany: The Dynamics of Expansion," in: Peter Katzenstein (ed.), *Between Power and Plenty: Foreign Economic Policies of Advanced Industrial States* (Madison 1978), S. 191-224.
- 3 Raymond G. Stokes, *Divide and Prosper: The Heirs of I.G. Farben under Allied Authority, 1945-1951* (Berkeley 1988), S. 172-184.
- 4 Dr. Lenz (Bundeswirtschaftsministerium, BMW, Abt. IV B 1), Vermerk, "Betr. Entwicklung der Petrochemie in der Bundesrepublik Stand 1. Oktober 1955," 5. November 1955, S. 2, Bundesarchiv Koblenz [BAK], B102/9301; "Hinweis über die mündliche Aussprache über den Zusatzantrag" [Vertrauliche Anlage zum Schreiben VCI (Wurms) an BMW (Dr. Lenz und Mineralölreferent Dr. Boecker), "Betr. Mineralölzollbefreiung für Entwicklungsarbeiten der Erdölchemie," 22. November 1956], BAK, B102/73343. Angesichts des Fehlens einer petrochemischen Produktion im großen Maßstab in der Bundesrepublik bis



zum September 1955 sollte jedoch dem Einführungsdatum neuer technischer Verfahren nicht zu viel Gewicht beigemessen werden. Außerdem ist zu beachten, daß der zitierte "Hinweis" nur einer aus einer Vielzahl von Beschwerden nach 1953 ist, daß die Zollbefreiung nicht für Entwicklungsaufgaben, sondern nur für großtechnische Prozesse gelten sollte und damit technologischen Wandel eher behinderte als förderte.

- 5 Dokumentation über die Verhandlungen der Jahre 1952 bis 1955 im BAK, B102/9576, Hefte 1 und 2.
- 6 Interview mit Bernhard Timm, BASF Ludwigshafen, 10. August 1988. Umfangreiches Material über die Verhandlungen zwischen BASF und der Shell über die Gründung der ROW im BASF Unternehmensarchiv, Ludwigshafen, F9/165.
- 7 Interview mit Dr. H. J. Hubert, Schering AG, Werk Bergkamen, 3. April 1989. Als Folge der aufgehenden Bevorzugung für Kohlechemikalien wurde die Fischer-Tropsch-Produktion eingestellt.
- 8 Zahlen nach Klaus Shworm, *Die chemische Industrie* (Berlin 1967), S. 54, 56-57.
- 9 "Demontage in der Ostzone," *Angewandte Chemie* B 20 (1948), 148-149.
- 10 Hermann Gross, *Material zur Aufteilung der I.G. Farbenindustrie AG* (Kiel 1950), S. 44.